



WIRTSCHAFT

KOMPAKT

Namen und Nachrichten

BER erstmals mit mehr als 50.000 Passagieren

Berlin. Am Hauptstadtd Flughafen BER sind erstmals mehr als 50.000 Passagiere an einem Tag gezählt worden. „Der positive Trend der letzten Wochen setzt sich in den Ferien deutlich fort“, teilt Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup am Samstag mit. „An unseren Flughäfen herrscht Urlaubsstimmung.“ Mehr als 51.000 Fluggäste reisten nach Angaben des Flughafens am Freitag über den BER. dpa

Großbritannien: Mangel an Fahrern als Problem

London. Der anhaltende Mangel an Lastwagenfahrern in Großbritannien stellt britische Landwirte vor Probleme. Dies sagte der Vize-Präsident der National Farmers Union, Tom Bradshaw. In den vergangenen Tagen machten in den sozialen Netzwerken und in den britischen Medien gehäuft Bilder von leeren Supermarktregalen die Runde, da etliche Filialen ihre Bestände nicht auffüllen konnten. dpa

AUS DEN UNTERNEHMEN

Boeing. Dem US-Flugzeugbauer drohen infolge der Abstürze zweier 737-MAX-Flugzeuge in den Jahren 2018 und 2019 finanzielle Schwierigkeiten. Nach aktuellen Einschätzungen verschiedener Luftfahrtexperten unterliegt Boeing derzeit einer verstärkten Beobachtung durch die Aufsichtsbehörden.

SpaceX. Die US-Raumfahrtbehörde NASA hat das Unternehmen SpaceX von Tesla-Grunder Elon Musk mit einer Mission zum Jupitermond Europa beauftragt. Die Europa-Clipper-Mission soll im Oktober 2024 mit einer Falcon Heavy Schwelrakete vom Kennedy Space Center in Florida starten, teilte die Nasa mit.

HEUTE VOR 50 JAHREN



Die Autobesteigerung der Bundesbürger hält an. Wie das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg mitteilt, wurden im ersten Halbjahr 1971 1,36 Millionen Fahrzeuge neu zugelassen. Das sind fast 100.000, 7,9 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

„Warnsystem hat nicht voll funktioniert“

Katastrophen-Experte Julius Weitzdörfer sagt, wo Fehler gemacht wurden und was sich jetzt ändern muss

Von Mira Alex

Hagen. Mit Katastrophen kennt sich Prof. Dr. Julius Weitzdörfer aus. Er forscht seit vielen Jahren zu diesem Thema und hat sich auf das Katastrophenmanagement in Japan spezialisiert. Seit Ende letzten Jahres lehrt er an der Fernuniversität Hagen. Wir sprechen mit ihm über das Jahrhundertunwetter und die Mängel des Katastrophenwarnsystems und er erklärt, was Deutschland noch von anderen Ländern lernen kann.

„Von Naturkatastrophen bedrohte Orte werden häufig eher von ärmeren Menschen bewohnt.“

Prof. Dr. Julius Weitzdörfer, Fernuni Hagen

Extremwetterverhältnisse sind kein neues Phänomen. Es ist bekannt, dass sich solche Ereignisse durch den Klimawandel häufen werden. Hätten wir besser auf das Unwetter vorbereitet sein müssen?

Julius Weitzdörfer: Wir sind bei weitem nicht so gut vorbereitet gewesen, wie man das angesichts der Informationslage hätte erwarten können. Es gibt detaillierte Ratschläge und Empfehlungen vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz, wie man sich schützen kann. Aber diese Hinweise sind leider bei der Bevölkerung kaum bekannt. Zum anderen gibt es die institutionelle und politische Seite. Es ist kein Geheimnis, dass in Deutschland der Bevölkerungsschutz und die Katastrophenvorsorge seit Ende des Kalten Krieges vernachlässigt worden sind, gerade angesichts der Tatsache, dass die Risiken solcher Extremwetterereignisse steigen.

Gibt es konkrete Dinge, die hätten anders laufen müssen?

Das Warnsystem hat insgesamt und flächendeckend nicht voll funktioniert. Es scheint, die Informationen sind entweder nicht oder nicht rechtzeitig bei der Bevölkerung angekommen oder wurden nicht richtig verstanden. Dabei ist die Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit dieser Systeme das allerwichtigste, wenn es um den Schutz von Menschenleben geht. Das haben auch Erfahrungen in meinem Forschungsgebiet, dem Risikomanagement in Japan, gezeigt.

Sollte sich Deutschland da an...



Riesige Müllberge nach der Unwetterkatastrophe in Hagen: Viele Menschen stehen nun vor dem Nichts. FOTO: MICHAEL KLEINRENSING / WP

deren Ländern orientieren?

Ich glaube, dass die Beispiele Japan und Israel für uns lehrreich sein können. In Israel ist die Vorbereitung der Bevölkerung auf einem weltweit einzigartigen Niveau. Da ist der Vorbereitungsgrad einfach besser und die Warnsysteme sind hochmodern. Auch in Japan gibt es Frühwarnsysteme, die sehr gut funktionieren. Daran muss sich auch

Deutschland messen lassen.

Angenommen es wurden beim Katastrophenmanagement Fehler seitens des Staates oder der Behörden gemacht. Würden sich daraus rechtliche Konsequenzen ergeben?

Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich im Falle konkreter Versagens Fragen der Staatshaftung stellen könnten. Das gilt für Schäden, die zumutbar verhindert werden können und bei denen es eine Schutzpflicht des Staates gegeben hätte.



Katastrophen-Experte Prof. Dr. Julius Weitzdörfer von der Fernuniversität Hagen.

Von Harvard und Cambridge nach Hagen

- Prof. Dr. Julius Weitzdörfer ist 39 Jahre alt und ist gebürtiger Pfälzer.
- Er hat Japanologie und Jura studiert und sich dann vor einigen Jahren auf das Katastrophenmanagement in Japan spezialisiert.
- Seit vergangenem Jahr lehrt er als Juniorprofessor Japanisches

Recht an der Fernuniversität Hagen.

- Zuvor war er bereits am Darwin College in Cambridge und an der Harvard Kennedy School of Government sowie für das Kompetenzzentrum Japan am Max-Planck-Institut tätig.
- Er lebt in Leipzig.

halten. Der Vorteil der Versicherung ist hingegen, dass die Beiträge risikogerecht erhoben werden – wer zum Beispiel direkt an einem Fluss wohnt, muss gegebenenfalls eine höhere Prämie zahlen. So wird belohnt, wer an einem „sichereren“ Ort wohnt. Außerdem haben hohe Prämien eine Sanktionsfunktion: Achtung, vielleicht sollte ich hier doch nicht mein Haus bauen. Staatliche Fonds bieten wenig Anreize, das konkrete Risiko zu reduzieren.

Ist es aber nicht so, dass die Menschen, die in Risikogebieten wohnen, oft gar keine Elementarversicherungen abschließen können?

Dass Versicherer einen Vertrag ablehnen, ist vielleicht bei einem Prozent so, in Gegenden, wo es in den letzten drei Jahren mehrfach Überflutungen gab. Das Problem ist eher die Frage, wie man sich dort die hohen Beiträge leisten können soll. Leider ist es häufig so, dass von Naturkatastrophen bedrohte Orte eher von Menschen bewohnt werden, die ärmer sind.

Auch in unserer Region wurden vor allem ärmere Menschen von der Katastrophe getroffen.

Das ist ein globales Phänomen, das auch in Japans Küstenregionen erforscht habe. Dafür gibt es leider keine einfache, einzelne Lösung. Teilweise ist auch die bittere Wahrheit: Es ist nicht mehr wirtschaftlich, an bestimmten Orten zu leben. Das ist ein Teufelskreis – wer arm ist, kann sich keine teure Versicherung leisten und wird von Katastrophen umso schwerer getroffen. Deshalb gibt es auch gute Argumente für staatliche Hilfsfonds. Die würden jedoch langfristig sehr teuer werden, da sich solche Extremwetterereignisse häufen werden.

Wie handhaben andere Länder die finanzielle Krisenunterstützung?

Die meisten Staaten, die ein gut ausgebauten Versicherungssystem für Naturkatastrophen haben, nutzen ein Hybridsystem zwischen staatlichen und privaten Lösungen. Das hat damit zu tun, dass die Schadensrisiken womöglich in näher Zukunft Dimensionen annehmen werden, die für Rückversicherer finanziell zu umfangreich, zu wenig gestreut oder zu schwer einzuschätzen sind. Daher tritt der Staat auf den Plan und übernimmt in letzter Instanz einen Teil der Haftung mit. So ist es auch in Japan. So oder so wird es eine Art der staatlichen Finanzierung erforderlich sein – sei es durch einen Fonds oder eine Pflichtversicherung, die dann durch den Staat mitgedeckt werden muss.

Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hatte von einem „Klima-Anpassungsfonds“ gesprochen, der Menschen, die aufgrund klimabedingter Ereignisse geschädigt wurden, finanziell unterstützen soll.

Ein Klimafolgenfonds auf Bundesebene hat den Vorteil, dass er über die gestaffelten Steuersätze gerechter erhoben wird: Starke Schultern tragen mehr, weil sie mehr Steuern zahlen müssen. So würden auch Betroffene, die sich keine Versicherungen leisten können, Zahlungen er-

Table with market indices: TecDAX 3668,39 (+1,55%), SDAX 16349,99 (+1,76%), Euro Stoxx 50 4109,10 (+1,82%), S&P UK 1399,75 (+0,11%), Dow Jones 35061,55 (+1,08%), Umlaufrendite -0,47 (-1,63%)

Die EU wird grün

In der vergangenen Woche hat EU-Kommissionspräsident Ursula von der Leyen ein umfangreiches Maßnahmenpaket im Kampf gegen den Klimawandel vorgestellt. Mit „Fit for 55“ – eine Anspielung auf das CO2-Reduktionsziel der EU – bestätigt Europa seine weltweite Vorreiterrolle beim Thema Nachhaltigkeit. Das hat auch Relevanz für die Geldanlage. Denn das Maßnahmenpaket verdeutlicht drei Dinge: Erstens, die EU meint es mit dem Ziel der Klimaneutralität wirklich ernst und ist im Zweifel bereit, hier auch ohne Konsens mit anderen Kontinenten vorzusprechen. Zum zweiten ist das vorgestellte Maßnahmenpaket umfassend und konkret. Sicher: Erfahrungsgemäß wird die ein oder andere Einzelregelung im Rahmen der Gesetzgebung

nach mal adjustiert. Wer allerdings erwartet, dass sich alle Maßnahmen in der Luft auflösen werden, der dürfte enttäuscht werden. Zum dritten: Die EU verknüpft Nachhaltigkeit und ökonomischen Erfolg immer enger miteinander. Damit sind Nachhaltigkeitserisiken Pflichtbestandteil jeder Vermögensentscheidung. Entsprechend plädieren wir dazu, die eigene Geldanlage nachhaltig zu gestalten. Das bedeutet: Investieren nicht nur auf Öko-Investments zu setzen. Nachhaltig erfolgreich sind neue Geschäftsmodelle, die neben der Umwelt auch soziale Faktoren berücksichtigen und über gute Kommunikation eine stringente Umsetzung garantieren können.

Christ-Oliver Schickentanz, Chefanlegerin Commerzbank

Table with investment funds: Allianz Global Investors, iShares, DWS, Fidelity, Infront, etc. Columns include fund name, ISIN, and performance metrics.